



# Pressemitteilung

Schwerin, den 9. Dezember 2008

## Rechnungshof stellt Kommunalfinanzbericht 2008 vor

Der Präsident des Landesrechnungshofes, Dr. Tilmann Schweisfurth, legte heute dem Landtag den Kommunalfinanzbericht 2008 vor. In diesem zweiten Teil des Jahresberichts sind neben den Ergebnissen der Kommunalprüfungen auch Analysen und Empfehlungen des Rechnungshofes zur kommunalen Finanzlage und aktuellen Reformerfordernissen enthalten.

Die jüngste Verbesserung der kommunalen Haushaltslage ist überwiegend auf die gute konjunkturelle Situation zurückzuführen. Während die Einnahmen stark stiegen, gab es kaum die dringend notwendigen strukturellen Einschnitte bei den konsumtiven Ausgaben. „Die absehbar schlechtere Wirtschaftsentwicklung wird offenbaren, dass die Chance auf eine nachhaltige Lösung der kommunalen Haushaltsprobleme verpasst wurde“, so der Präsident des Landesrechnungshofes. Die lauter werdenden Klagen der kommunalen Ebene nach zusätzlichen Finanzierungsmitteln und Forderungen nach dem Ende des vermeintlichen Sparkurses sind daher nicht angemessen.

Unverändert sind die strukturellen Defizite der kreisfreien Städte am größten. Sie hatten 2007 trotz sehr guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ein deutlich negatives Finanzierungssaldo aufzuweisen. Mit welchen finanziellen und politischen Problemen die kreisfreien Städte zu kämpfen haben, zeigen die Ergebnisse der überörtlichen Kommunalprüfungen. Aktuelles Beispiel ist die Universitäts- und Hansestadt Greifswald,

die sich in einer vergleichsweise guten Position befindet. Allerdings stehen wichtige strategische Entscheidungen aus, um die Zukunftsfähigkeit sicher stellen zu können.

Die Hansestadt Rostock tritt derzeit bei ihren Konsolidierungsbemühungen auf der Stelle. Obwohl aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rostock aus eigener Kraft eine Sanierung schaffen könnte, blockieren sich seit einiger Zeit die Entscheidungssysteme der kommunalen Selbstverwaltung.

Auch in der Landeshauptstadt Schwerin stehen bislang noch überzeugende Antworten aus, wie zumindest ein Teil des Problems aus eigener Kraft gelöst werden kann. Dr. Schweisfurth dazu: „Nur durch erhöhte Eigenanstrengungen und ergänzende strukturelle Reformen durch die Landespolitik lassen sich die finanziellen Probleme der Landeshauptstadt nachhaltig beheben.“

Der Rechnungshof nimmt im vorliegenden Bericht auch Stellung zur anstehenden Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes und skizziert Lösungsmöglichkeiten für die weiterhin bestehende Stadt-Umland-Problematik. „Hier bedarf es Lösungen, unabhängig davon, ob und wann es zu maßvollen Eingemeindungen kommt“, so Präsident Dr. Schweisfurth. Gegenwärtig profitieren die Umlandgemeinden von ihrer Lage an den Rändern der größeren Städte. Sie bzw. deren Einwohner erhalten via „Trittbrettfahren“ öffentliche Leistungen, die von den Zentren ohne entsprechende Gegenleistung finanziert werden. Freiwillige Lösungen können daher nicht zielführend sein. Der Landesrechnungshof stellt im Kommunalfinanzbericht eigene Ansätze, wie Umverteilungsmechanismen, fiktive Hebesatzangleichungen oder Umschichtungen innerhalb des Kommunalen Finanzausgleichs, zur Diskussion.

Auch die Neufassung des Finanzausgleichs sollte den Belangen der zentralen Orte besser Rechnung tragen“, sagte der Präsident des Landesrechnungshofes zu diesem Reformprojekt. Vorgeschlagen werden insbesondere eine Aufwertung und sachgerechtere Verteilung der Schlüsselzuweisungen. Ein stärker aufgabenbezogener Finanzausgleich, wie er von kommunaler Seite mit dem so genannten Zwei-Quellen-Modell gefordert wird, ist nach Auffassung des Landesrechnungshofes kein Beitrag zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und wird nicht nur aus diesem Grund äußerst kritisch gesehen.

Einen Beitrag zur Entlastung der kommunalen Haushalte in den kreisfreien Städten kann aus Sicht des Landesrechnungshofes das Theaterkonzept der Landesregierung leisten. Dr. Schweisfurth: „Die Vorschläge der Regierung sind kompatibel mit unseren Prüfungs-

ergebnissen und Empfehlungen an Schwerin und Rostock.“ Die zur Verfügung stehenden Mittel für die Theater in den kommenden Jahren reichen nicht aus, um die bestehenden Strukturen zu finanzieren.

Ein weiterer Teil des Berichts befasst sich mit den Prüfungen kommunaler Beteiligungen. Die Prüfung der WIRO Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH ergab umfangreiche wirtschaftliche Verflechtungen mit Aufsichtsrats- und Bürgerschaftsmitgliedern. Dadurch entstanden erhebliche finanzielle Risiken für die WIRO. Es zeigten sich deutliche Defizite bei der Steuerung und Kontrolle der WIRO durch die Gesellschafterin Hansestadt Rostock. „An diesem Beispiel wird der Bedarf für einen landesweit verbindlichen Verhaltenskodex zur wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen deutlich“, sagte Präsident Schweisfurth abschließend.